

Antrag

Initiator*innen: Agnieszka Piotrowski, Marie von Manteuffel

Titel: Zukunft hat eine integrative Gesellschaft

Antragstext

1 In einer von Migration geprägten Welt ist Integration eine zentrale
2 gesellschaftliche Aufgabe. Das ZdK steht dafür ein, dass das Zusammenleben von
3 Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Geschichte gelingt. Dazu müssen
4 alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Das ZdK setzt auf Einheit in Vielfalt.
5 Menschen dürfen und sollen ihre Fähigkeiten, Talente und Ideen in die hiesigen
6 Lebensverhältnisse einbringen und diese mitgestalten können. Integration
7 betrifft alle - ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Insofern ist sie keine
8 einseitige Bringschuld zugezogener Menschen.

9 Das Interesse am Menschen mit seiner Würde, seinen Kompetenzen, seiner
10 Geschichte und seinen Wünschen leitet das ZdK aus dem christlichen Menschenbild
11 ab. Unvereinbar damit sieht es alle Versuche, definierte Personengruppen
12 verantwortlich zu machen für Missstände, die politisch und ökonomisch
13 unzureichend bearbeitet wurden und werden. Solche Schuldzuweisungen führen zu
14 Simplifizierungen, verschärfen Konflikte, führen zu einer gesellschaftlichen
15 Entfremdung und stärken Populismus und Extremismus. Das Spielen mit Ängsten
16 schürt gesellschaftliche Spaltungen, Misstrauen wächst und die
17 Dialogfähigkeit sinkt. Dies kann in einer Desintegration resultieren. Das ZdK
18 widerspricht diesen Narrativen der Angst sowie allen Strategien der Ausgrenzung.
19 Stigmatisierung und Abwehr belasten das gesellschaftliche Klima; Chancen und
20 Möglichkeiten stiften Zusammenhalt. Es bedarf einer Politik, die Menschenrechte
21 nicht zur Disposition stellt, sondern eine faktenbasierte Debatte anstößt, die
22 Herausforderungen realistisch beschreibt und zu den besten Lösungen führt.

23 Es geht um Integration in der Gesellschaft – nicht zuletzt auch jener, die zu
24 den „Eingesessenen“ gehören, und sich in der zunehmenden Vielfalt fremd

25 fühlen. Es geht um Menschen, die zum Teil vor Jahren oder Jahrzehnten
26 eingewandert sind. Manche von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit,
27 manche nicht. Die Achtsamkeit für die Bedürfnisse der Einzelnen und eine
28 Kultur der Teilhabe an Rechten und Pflichten fördern den gesellschaftlichen
29 Zusammenhalt.

30 Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die Rahmenbedingungen,
31 Kreativität, Geduld und Ressourcen benötigt. Ohne eine gut ausgestattete
32 Migrationsberatung und ohne ausreichende Integrations- und Sprachkurse stoßen
33 gerade neu Eingewanderte auf Barrieren. Die Kommunen stehen vor besonderen
34 Herausforderungen, denn hier sind fehlende Unterbringungsmöglichkeiten,
35 fehlende Kita- oder Schulplätze oder Engpässe bei der Daseinsvorsorge
36 spürbar. Es braucht eine föderale Lastenteilung, die es den Kommunen
37 ermöglicht, ihre Aufgaben verlässlich zu erfüllen. Dazu gehören auch
38 ausreichende, innovative und passgenaue Unterbringungskapazitäten für
39 Geflüchtete. Lokale Perspektiven und Bedarfe sind auf Bundesebene
40 kontinuierlich zu berücksichtigen. Für ein gutes Miteinander braucht es
41 klugen, sozial und ökologisch nachhaltigen Wohnungsbau, qualitative
42 Kindertagesstätten und moderne Bildungseinrichtungen. Umfangreiche
43 Investitionen, um an diesen Stellschrauben zu drehen, zahlen sich aus, wenn
44 Bund, Länder und Kommunen ein Finanzierungsmodell schaffen, das langfristig
45 trägt, Zusammenhalt stiftet und Zukunftsfähigkeit erzeugt. Im Folgenden
46 benennt das ZdK sieben zentrale Handlungsfelder, nimmt Bestandsaufnahmen vor und
47 formuliert Handlungsbedarfe.

48 1. Sprache

49 **Bestandsaufnahme**

50 Die Kenntnis der deutschen Sprache ist ein wesentlicher Schlüssel zu
51 gelingender Integration und Teilhabe. Sie ermöglicht nicht nur Kommunikation,
52 sondern auch kulturelle Teilhabe, berufliche Chancen und soziale Zugehörigkeit.
53 Gleichzeitig bedeuten eingeschränkte Deutschkenntnisse nicht zwingend ein
54 Scheitern der Integration.

55 Bei der Sprachförderung stellen Finanzierungsengpässe und fehlendes
56 Lehrpersonal die zentrale Herausforderung dar. Kursgebühren sind für viele
57 eine hohe Hürde. Bildungsträger*innen können als Anbieter*innen von
58 Sprachkursen die hohe Nachfrage vielerorts nicht bedienen. Die Grundlage für
59 Integration durch Sprache ist zwar gelegt, benötigt allerdings nachhaltige
60 Finanzierung und zielgruppenspezifische Ansätze. Im Bereich der
61 Arbeitsmigration aus dem EU-Ausland sehen wir in der Praxis kaum ausreichend
62 flexible und flächendeckend abgesicherte Angebote zum Erwerb von

63 Sprachkenntnissen. Vollzeitarbeit und insb. prekäre
64 Beschäftigungsverhältnisse erschweren oder verunmöglichen Bemühungen die
65 deutsche Sprache gut zu erlernen.^[1] Zugleich sehen wir in vielen Bereichen des
66 Arbeitsmarktes einen immer größer werdenden Arbeitskräfte- und
67 Fachkräftemangel. Dass Zugewanderte zumindest grundlegende Deutschkenntnisse
68 erlangen, gewinnt dadurch als zentraler Faktor der Arbeitsmarktintegration
69 weiter an Bedeutung, um diesem Mangel entgegenzuwirken.

70 **Handlungsbedarfe**

71 Eingewanderte Menschen verfügen über Sprachkenntnisse. Allen Sprachen kommt
72 ein Wert zu. Sie müssen gleichermaßen geschätzt werden. Kinder dürfen
73 aufgrund ihrer nichtdeutschen Mutter- und Vatersprachen keine Diskriminierung
74 erfahren.

75 Der Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache muss vom Staat und der
76 Wirtschaft noch stärker ermöglicht werden. Die Sprachkurse sind kostenlos und
77 (auch im ländlichen Raum) flächendeckend anzubieten und durch Flexibilität
78 möglichst passgenau auf die Bedürfnisse z. B. von Eltern und Berufsgruppen
79 sowie auf Rahmenbedingungen wie Schichtarbeit zuzuschneiden. Die sprachliche
80 Bildung muss allen Migrant*innen offenstehen - unabhängig von Geschlecht,
81 familiärer Situation, Bleibeperspektive und Aufenthaltsstatus.

82 **2. Bildung**

83 **Bestandsaufnahme**

84 Die Bildungschancen sind in Deutschland ungleich verteilt und hängen stark vom
85 sozialen Status ab. Eingewanderte Kinder stehen vor besonderen Hürden: Sie
86 müssen Deutsch als Bildungssprache erlernen und werden deswegen oft nicht in
87 die Regelklassen integriert. Kinder, die im Asylverfahren oder mit Duldung in
88 einer Gemeinschaftsunterkunft leben, haben keinen oder einen erschwerten Zugang
89 zu frühkindlicher und zu schulischer Bildung. Ausländische Eltern mit dem
90 "falschen" Status (z.B. Asylsuchende, die meisten Geduldeten,
91 Bildungsmigrant*innen oder arbeitssuchende EU-Bürger*innen) erhalten kein
92 Kindergeld und keine Förderung nach BAföG. Wie auch in Deutschland geborene
93 Kinder mit Migrationshintergrund sind sie mit einer Bildungslandschaft
94 konfrontiert, die der größer gewordenen Vielfalt der Lebensrealitäten von
95 Kindern und Jugendlichen nicht gerecht wird.

96 Trotz vielfältiger Weiterbildungsangebote gibt es noch keine
97 gesamtgesellschaftliche Weiterbildungskultur. Hier bleiben Möglichkeiten

98 ungenutzt.

99 **Handlungsbedarfe**

100 Gute Bildung für alle eröffnet Chancen und berücksichtigt unterschiedliche
101 Ausgangssituationen und Bedarfe. Das erfordert Flexibilität und eine Anpassung
102 der Curricula. Es braucht interkulturelle Kompetenz und ein
103 diskriminierungsfreies Lernumfeld. Fördermaßnahmen wie das BAföG müssen nach
104 Bedarf und nicht nach ausländerrechtlichem Status gewährt werden.

105 Lebenslanges Lernen ist unverzichtbar – unabhängig von Alter, Herkunft oder
106 sozialem Status. Dann entwickeln und nutzen Menschen ihre Potenziale und erleben
107 Selbstwirksamkeit. Weiterbildung muss deshalb für alle zugänglich und
108 attraktiv gestaltet werden. Wesentliche Instrumente sind neben einem
109 verbindlichen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung auch eine
110 Bildungsteilzeit mit Lohnfortzahlung und ein Qualifizierungsgeld. So entsteht
111 eine Unternehmenskultur, die Lernen als gemeinsame und langfristige Aufgabe
112 versteht.

113 3. Arbeit

114 **Bestandsaufnahme**

115 Die Erwerbstätigenquoten von eingewanderten Menschen unterscheiden sich je nach
116 Herkunft, Aufenthaltsdauer und rechtlichem Status mehr oder weniger stark vom
117 Bevölkerungsdurchschnitt. Eingewanderte sind überdurchschnittlich oft in
118 weniger gut bezahlten Tätigkeiten zu finden. Dies gilt in Teilen auch für ihre
119 direkten Nachfahren.

120 Ob Pflege, Handwerk, Gastronomie, Logistik, Bildung, Industrie, Wissenschaft,
121 Verwaltung: Gelingt es nicht, das vorhandene Potential zu nutzen, werden sich
122 Probleme in vielen Sektoren massiv verschärfen. Auch Einwanderung kann ein Teil
123 der Lösung sein. Das Ausländerrecht wurde deshalb – insbesondere für
124 Fachkräfte – in den letzten Jahren mehrfach liberalisiert. Arbeitsverbote
125 für Asylbewerber*innen und Personen, deren Aufenthalt nur geduldet wird, wurden
126 reduziert, aber nicht vollständig beseitigt.

127 Trotzdem erschweren langwierige Visa-Verfahren für Nicht-EU-Bürger*innen die
128 Einwanderung und senken im globalen Ringen um Fachkräfte die Attraktivität
129 Deutschlands. Komplizierte Anerkennungsprozesse erschweren die gezielte
130 Anwerbung von Arbeits- und Fachkräften und zugleich die Integration in den
131 Arbeitsmarkt bei Personen, die nicht wegen der Arbeit kommen, wie z.B.
132 nachziehende Ehegatt*innen oder Schutzsuchende. Hier fehlt es zum Teil an

133 ausreichenden und übersichtlichen Beratungsmöglichkeiten für die
134 Migrant*innen, aber auch für Arbeitgeber*innen. Gerade kleinere Firmen sind
135 hier mit der Begleitung überfordert.

136 **Handlungsbedarfe**

137 Maßnahmen zur (Re)Integration in den Arbeitsmarkt und zur beruflichen
138 Qualifizierung müssen migrationsspezifische Bedarfe berücksichtigen und in
139 ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Für Geflüchtete sind Zugänge zum
140 Arbeitsmarkt auszuweiten, rechtliche Hürden müssen weiter abgebaut werden.

141 Der Umgang mit beruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten muss pragmatisch und
142 wertschätzend sein. Die Anerkennung von Abschlüssen ist für eine
143 ausbildungsadäquate berufliche Integration und die Erteilung einer
144 Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte von Bedeutung. Zielführend ist es,
145 Anerkennungsverfahren zu beschleunigen und sie transparenter und praxisnäher zu
146 machen, um vorhandene Qualifikationen besser zu nutzen. Arbeitgeber*innen gilt
147 es hierbei stärker einzubinden, um staatliche Stellen zu entlasten und die
148 Verantwortung der Unternehmen zu stärken. Bereits bestehende Möglichkeiten,
149 ganz auf das Anerkennungsverfahren zu verzichten, wie z.B. bei Fachkräften in
150 der Informations- und Kommunikationstechnologie, gilt es so weit wie möglich
151 auf andere Berufsgruppen auszuweiten.

152 4. Sozialer Status

153 **Bestandsaufnahme**

154 Die Integration verschiedener Gruppen von Zugewanderten in unserem Land ist immer
155 wieder gut gelungen. Nicht nur wirtschaftlich hat Deutschland enorm von ihnen
156 profitiert. Aber bei den meisten Faktoren, die den sozialen Status bestimmen,
157 wie Einkommen, Vermögen, Wohnungsgröße, Gesundheit oder Lebensdauer, liegen
158 Eingewanderte und ihre Nachkommen immer noch unter dem Durchschnitt. Nicht
159 selten geraten Eingewanderte in Deutschland durch prekäre Beschäftigung
160 „unter die Räder“ und werden ausgebeutet. In vielen Branchen gibt es eine
161 Mehrklassen-Gesellschaft; [\[21\]](#) Migrant*innen bilden die unterste Klasse, was
162 Entlohnung, Absicherung und Ansehen betrifft. In bestimmten Branchen wie der
163 Fleischindustrie, den Paketdiensten, auf dem Bau und in der Gebäudereinigung
164 sehen wir außerdem ausgeprägte und großflächige Formen von Menschenhandel,
165 darunter auch Frauenhandel und Zwangsprostitution. Wir sehen Ausbeutung und
166 moderne Sklaverei. Das geschieht unterhalb des "Radars" der Rechtsstaatlichkeit.

167 Auch unter verschiedenen Migrantengruppen ist Ausgrenzung und Diskriminierung
168 deutlich erkennbar, welche ebenso durch multiple Krisen verstärkt werden.

169 **Handlungsbedarfe**

170 Integration ist eine Vitalfunktion menschlicher Gesellschaft. Aus dem
171 christlichen Menschenbild resultiert die Anerkennung einer globalen
172 Geschwisterlichkeit und die Teilhabe aller am Gemeinwesen, unabhängig von ihrer
173 ethnischen, religiösen und kulturellen Identität. Weit verbreitete
174 Diskriminierung und Ausgrenzung kann und muss überwunden werden durch eine
175 Kultur der Hochachtung und Integration im Zusammenleben von Menschen mit und
176 ohne Zuwanderungsgeschichte.

177 Strukturen, die einen niedrigen sozialen Status verfestigen, müssen abgebaut
178 werden. Fördermaßnahmen müssen sich am Bedarf orientieren und dürfen
179 Eingewanderte nicht ausgrenzen.

180 Mafiöse Strukturen von Menschenhandel und Ausbeutung gilt es aufzudecken und zu
181 zerschlagen. Die Betroffenen brauchen Beratung, Unterstützung und Auswege aus
182 ihrer Zwangslage.

183 5. Wohnen und Gesundheit

184 **Bestandsaufnahme**

185 Gelingende Integration und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, zu
186 denen auch das Wohnen gehört, bedingen einander. Bezahlbarer Wohnraum, jenseits
187 von räumlicher Segregation und geschützt vor Mietwucher und Vermieterwillkür,
188 sind Voraussetzung für das Ankommen und die Beheimatung in unserer
189 Gesellschaft. Arbeitsmigrant*innen befinden sich nicht selten in einer
190 Mehrfachabhängigkeit, wenn Arbeitgeber*innen gleichzeitig auch Vermieter*innen
191 Unterkunft sind. Der Bestand von Sozialwohnungen schrumpft bundesweit in
192 dramatischem Ausmaß. Wenn Geflüchtete jahrelang in Sammelunterkünften
193 verharren müssen, hemmt dies ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

194 Menschenunwürdige Wohnverhältnisse können krank machen. Außerdem fehlen je
195 nach Status Zugänge zu umfassender gesundheitlicher Versorgung. Es kommt immer
196 wieder zu ungleicher Behandlung.

197 **Handlungsbedarfe**

198 Existierende Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind nicht durch Migration
199 verursacht; Migration macht sie als strukturelle Defizite deutlicher sichtbar.
200 Der Markt löst die Wohnungskrise nicht. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum

201 und insbesondere mehr Sozialwohnungen. Wir werben dafür, dabei nicht auf
202 ungezügelter Versiegelung zu setzen, sondern auf innovative Steuerung, maßvolle
203 Verdichtung und eine kluge Umnutzung des Bestands.

204 Maßnahmen gegen Mietwucher und die Vermietung von Schrottimmobilien dürfen
205 sich nicht gegen die Opfer dieser Ausbeutung richten. Damit sie sich aus
206 prekären Arbeits- und Wohnsituationen lösen können, benötigen sie
207 entsprechende Unterstützung durch Beratungsangebote und die Jobcenter.

208 Alle Menschen in Deutschland müssen diskriminierungsfreien Zugang zu
209 umfassender gesundheitlicher Versorgung erhalten. Dies ist unverzichtbar und
210 menschenwürdig und gilt unabhängig vom Status und auch für Menschen in der
211 Wohnungslosigkeit. Insbesondere Geflüchtete haben häufig einen höheren Bedarf
212 an psychosozialen und psychotherapeutischen Hilfsangeboten, der vielerorts auf
213 ein lückenhaftes Angebot trifft. Statt Kürzungen braucht es hier eine
214 ausreichende, dauerhafte und flächendeckende Finanzierung.

215 6. Familie

216 **Bestandsaufnahme**

217 Der Schutz der Familie zählt zu den elementaren Grund- und Menschenrechten
218 sowie zu den Kernwerten unserer Gesellschaft. Er gehört wesentlich zum
219 christlichen Menschenbild und ist verfassungsrechtlich verankert. Familien
220 stellen auch für Migrant*innen ein äußerst wichtiges soziales Netzwerk dar.
221 Sie bieten emotionale Unterstützung, praktische Hilfe bei der Orientierung im
222 neuen Land und fungieren als Vermittler*innen zwischen der alten und der neuen
223 Heimat. Kinder aus migrantischen Familien übernehmen teils eine
224 Brückenfunktion, da sie aufgrund des Schulbesuchs oft zügiger Kontakte
225 knüpfen und die deutsche Sprache erlernen. Der Bundestag hat im Juni 2025
226 beschlossen, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen.
227 Auch andere Eingewanderte und Deutsche stehen oft vor erheblichen Hürden und
228 können ihre Angehörigen nicht zu sich holen. Die erzwungene Familientrennung
229 führt zu erheblichen psychischen Belastungen bei den bereits in Deutschland
230 lebenden Personen. Die Sorge um die Familienmitglieder dominiert oft den Alltag
231 der Betroffenen und erschwert Integration.

232 **Handlungsbedarfe**

233 Praktische Hürden in der Umsetzung des Familiennachzugs, insbesondere die
234 langen Bearbeitungszeiten, müssen beseitigt werden.

235 Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte torpediert
236 das Ziel, legale Zuwanderung zu stärken und Integration zu fördern. Wegen der

237 Belastung für die Psyche der Betroffenen und wegen der Schädigung des
238 gesellschaftlichen Zusammenhalts muss spätestens mit Fristablauf der
239 Familiennachzug wieder ermöglicht werden.

240 7. Politische Teilhabe

241 **Bestandsaufnahme**

242 Volle politische Teilhabe ist hierzulande an die deutsche Staatsangehörigkeit
243 gebunden. Die Einbürgerungszahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Dennoch
244 besteht weiterhin eine große numerische Lücke zwischen der Bevölkerung im
245 Wahlalter und der Gesamtheit der Wahlberechtigten. Dies verhindert die
246 gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an politischen Willensbildungs- und
247 Entscheidungsprozessen – ein Grundpfeiler von Demokratien. Die schwarz-rote
248 Bundesregierung macht Fortschritte rückgängig: Die Abschaffung der sogenannten
249 „Turbo-Einbürgerung“ sorgt dafür, dass für engagierte und besonders gut
250 integrierte Personen volle politische Teilhabe erst später zugänglich wird.

251 Selbstkritisch stellen wir fest, dass es in kirchlichen Gremien in Deutschland
252 an Diversität mangelt. Diesen Rückstand gilt es aufzulösen.

253 **Handlungsbedarfe**

254 Einbürgerung ermöglicht Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten. Menschen
255 sind vielfältig – Beheimatung kann schnell gelingen, lange dauern oder
256 scheitern. Die aktuelle Gesetzeslage, die eine Mindestaufenthaltsdauer von fünf
257 Jahren für die Einbürgerung vorsieht, erscheint für den Regelfall angemessen.
258 Damit die gesetzlich vorgesehenen Fristen auch praktisch wirksam werden, ist
259 wichtig, dass die zuständigen Behörden die Anträge schneller bearbeiten
260 (können). Wir werben dafür, Einbürgerung nach fairen Rahmenbedingungen zu
261 ermöglichen. Die mit der Reform 2024 eingeführte Verschärfung bei der
262 Lebensunterhaltssicherung lehnen wir ab. U. a. für viele Alleinerziehende,
263 Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke sowie wirtschaftlich noch nicht
264 selbständige Jugendliche bedeutet die aktuelle Regelung unnötige Härten und
265 einen erschwerten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit.

266 Auch für Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ist der Erwerb der
267 deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Das gilt insbesondere für die
268 generationenübergreifende Weitergabe dieses rechtlichen Schwebestands und der
269 damit einhergehenden faktischen Staatenlosigkeit auch von in Deutschland
270 geborenen Kindern.

271 Wir fordern ein Kommunalwahlrecht auch für Ausländer*innen, die nicht aus
272 einem EU-Mitgliedsland kommen. Mitbestimmung gelingt auch durch verbandliche
273 Strukturen. Deshalb gilt es, selbstorganisierte Zusammenschlüsse zwecks
274 Interessenvertretung zu fördern.

275 [\[1\]](#) Beispiel: Wer in der Fleischindustrie sechs Tage in der Woche und elf
276 Stunden am Tag arbeitet, lernt danach kein Deutsch mehr, schon lange nicht bei
277 Wechselschichten und kostenpflichtigen Sprachkursen.

278 [\[2\]](#) Beispiel: z.B. in der häuslichen Pflege („24-Stunden-Pflege“) in Form
279 von Ungleichheit in Bezahlung, Ansehen und rechtlicher Absicherung durch
280 Entsendungs-, (Schein-)selbständigen- und Schwarzabreitmodellen.

Begründung

Hintergründe:

Der Text wurde im ad hoc-Arbeitskreis Integration, der sich im Mai 2025 konstituierte, im Rahmen von fünf digitalen Sitzungen erarbeitet.